

Original text

I am a climate activist from Russia. I organized the Fridays for Future movement in our country. I protested for 110 Fridays.

I've been detained six times. Arrested. Had a lot of threats. I can talk a lot about the pressure from the authorities on me, but I was lucky. Many of my friends were tortured, and many are in prison now.

After the beginning of Russia's criminal war in Ukraine, I spoke out against it. And before that, I was saying that Europe should stop buying fossil fuels from dictators. That Putin couldn't be trusted. Nobody listened.

After a month of futile protests, I fled to Germany. There was no point in protesting in Russia anymore. Russia is now a dictatorship. I was stripped of my only citizenship for my activism, for continuing to speak out in Europe. My family was deported. It's terrible, but it can be much worse if we do nothing.

For me, the climate crisis is very closely linked to the human rights crisis. And lately, I have a constant sense of déjà vu. I used to talk about the war that Russia was preparing against Ukraine, and now I talk about the war that Azerbaijan is preparing against Armenia and Artsakh. Europe is funding all this. Financing yet another fossil fuel dictator.

Most likely you don't know anything about Armenia or Azerbaijan. Please educate yourself. We can still prevent the war, limit the climate crisis. But we have a huge amount of work ahead of us. We need solidarity. Don't turn a blind eye to what is happening in other countries. We all live on the same planet. And together we can make a difference.

Wir haben uns heute versammelt, weil die Zeit drängt. Weltweit und auch in der Schweiz protestieren unzählige Menschen gegen die Untätigkeit ihrer Regierungen, prangern Missstände an oder fordern Aufklärung. Das zivilgesellschaftliche Engagement gerät aber zunehmend unter Druck und wird kriminalisiert. Die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit bedrohen eines unserer elementarsten Menschenrechte. Menschen gehen auf die Strasse, weil unsere Behörden sofort und nachhaltig handeln müssen, um die globale Erwärmung zu stoppen, um so schnell wie möglich aus der Nutzung fossiler Energien auszusteigen und einen wirklichen Schutz der Umwelt und der Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Klimakrise zählt zu den grössten Menschenrechtskrisen des 21. Jahrhunderts. Die vom globalen Norden verursachten Folgen treffen meistens jene Menschen besonders hart, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben und ohnehin benachteiligt sind. Das Recht auf Leben, auf Ernährung, auf Zugang zu sauberem Wasser, das Recht auf saubere Umwelt und so viele mehr sind elementar bedroht. Wie wir alle wissen, sterben täglich Menschen an den Folgen der Klimakrise. Wer sich für eine Bekämpfung der Klimakrise einsetzt, setzt sich daher für Menschenleben ein. Deshalb gilt: Klimaaktivist*innen sind Menschenrechtsverteidiger*innen.

Das "Recht auf Protest" wird durch die Menschenrechte der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit gewährleistet. Ohne die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung fehlt Versammlungen das politische Gewicht. Ohne die Möglichkeit, sich zu versammeln, können kollektive Meinungen nicht nach aussen getragen werden. Somit gehören diese Menschenrechte zu den wichtigsten Grundlagen einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Es ist wichtig, dass die Menschen auf die Strasse gehen können, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, angesichts der Gleichgültigkeit der Behörden und Staaten. Sei es gegen Rassismus und Diskriminierung, für die Beendigung geschlechterspezifischer Gewalt, gegen tödliche Polizeigewalt, staatliche Repression und Unterdrückung oder um die Öffentlichkeit auf den dringenden Handlungsbedarf angesichts der Klimakrise aufmerksam zu machen. Deswegen ist es unerlässlich, das Recht auf Protest zu schützen. Lasst uns die Stimme der Veränderung sein und den heutigen Tag als Ansporn nehmen, um weiterhin für die Menschenrechte und Klimagerechtigkeit einzustehen.

German [First part: translated, second part: original]

Ich bin ein Klimaaktivist aus Russland. Ich habe die Bewegung "Fridays for Future" in unserem Land organisiert. 110 Freitage lang habe ich protestiert. Ich wurde sechsmal festgenommen. Verhaftet. Und habe viele Drohungen erhalten. Ich kann viel über den Druck der Behörden auf mich erzählen, aber ich hatte Glück. Viele meiner Freunde wurden gefoltert, und viele sind jetzt im Gefängnis.

Als der verbrecherische Krieg Russlands in der Ukraine begann, habe ich mich dagegen ausgesprochen. Und davor habe ich gesagt, dass Europa keine fossilen Brennstoffe mehr von Diktatoren kaufen sollte. Dass man Putin nicht trauen könne. Niemand hörte mir zu.

Nach einem Monat vergeblicher Proteste floh ich nach Deutschland. Es hatte keinen Sinn mehr, in Russland zu protestieren. Russland ist jetzt eine Diktatur. Mir wurde die einzige Staatsbürgerschaft entzogen, die ich hatte, weil ich mich in Europa weiterhin zu Wort gemeldet hatte. Meine Familie wurde deportiert. Es ist schrecklich, aber es kann noch viel schlimmer werden, wenn wir nichts tun.

Für mich ist die Klimakrise sehr eng mit der Menschenrechtskrise verbunden. Und in letzter Zeit habe ich ständig ein Déjà-vu-Gefühl. Früher habe ich über den Krieg gesprochen, den Russland gegen die Ukraine vorbereitet, und jetzt spreche ich über den Krieg, den Aserbaidschan gegen Armenien und Artsakh vorbereitet. Europa finanziert dies alles. Durch den Verbrauch von fossilen Brennstoffen finanziert Europa einen weiteren Diktator. Wahrscheinlich wissen Sie nichts über Armenien oder Aserbaidschan. Bitte bilden Sie sich weiter. Noch können wir den Krieg verhindern und die Klimakrise begrenzen. Aber wir haben noch eine Menge Arbeit vor uns. Wir brauchen Solidarität. Verschliesst nicht die Augen vor dem, was in anderen Ländern geschieht.

Wir haben uns heute versammelt, weil die Zeit drängt. Weltweit und auch in der Schweiz protestieren unzählige Menschen gegen die Untätigkeit ihrer Regierungen, prangern

Misstände an oder fordern Aufklärung. Das zivilgesellschaftliche Engagement gerät aber zunehmend unter Druck und wird kriminalisiert. Die Einschränkungen der Versammlungsfreiheit bedrohen eines unserer elementarsten Menschenrechte. Menschen gehen auf die Strasse, weil unsere Behörden sofort und nachhaltig handeln müssen, um die globale Erwärmung zu stoppen, um so schnell wie möglich aus der Nutzung fossiler Energien auszusteigen und einen wirklichen Schutz der Umwelt und der Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Klimakrise zählt zu den grössten Menschenrechtskrisen des 21. Jahrhunderts. Die vom Globalen Norden verursachten Folgen treffen meistens jene Menschen besonders hart, die am wenigsten zur Krise beigetragen haben und ohnehin benachteiligt sind. Das Recht auf Leben, auf Ernährung, auf Zugang zu sauberem Wasser, das Recht auf saubere Umwelt und so viele mehr sind elementar bedroht. Wie wir alle wissen, sterben täglich Menschen an den Folgen der Klimakrise. Wer sich für eine Bekämpfung der Klimakrise einsetzt, setzt sich daher für Menschenleben ein. Deshalb gilt: Klimaaktivist:innen sind Menschenrechtsverteidiger:innen.

Das Recht auf Protest wird durch die Menschenrechte der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie der Meinungsfreiheit gewährleistet. Ohne die Möglichkeit der freien Meinungsäusserung fehlt Versammlungen das politische Gewicht. Ohne die Möglichkeit, sich zu versammeln, können kollektive Meinungen nicht nach aussen getragen werden. Somit gehören diese Menschenrechte zu den wichtigsten Grundlagen einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Es ist wichtig, dass die Menschen auf die Strasse gehen können, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen, angesichts der Gleichgültigkeit der Behörden und Staaten. Sei es gegen Rassismus und Diskriminierung, für die Beendigung geschlechterspezifischer Gewalt, gegen tödliche Polizeigewalt, staatliche Repression und Unterdrückung oder um die Öffentlichkeit auf den dringenden Handlungsbedarf angesichts der Klimakrise aufmerksam zu machen. Deswegen ist es unerlässlich, das Recht auf Protest zu schützen. Lasst uns die Stimme der Veränderung sein und den heutigen Tag als Ansporn nehmen, um weiterhin für die Menschenrechte und Klimagerechtigkeit einzustehen.

French [Translated]

Je suis un activiste climatique russe. J'ai organisé le mouvement "Fridays for future" dans notre pays. J'ai manifesté pendant 110 vendredis.

J'ai été détenu six fois. J'ai été arrêté. J'ai reçu de nombreuses menaces. Je peux parler longuement de la pression exercée sur moi par les autorités, mais j'ai eu de la chance. Beaucoup de mes ami-es ont été torturés et beaucoup sont en prison aujourd'hui.

Après le début de la guerre criminelle de la Russie en Ukraine, j'ai pris la parole pour la dénoncer. Avant cela, je disais que l'Europe devait cesser d'acheter des combustibles fossiles à des dictateurs. Qu'on ne pouvait pas faire confiance à Poutine. Personne ne m'a écouté.

Après un mois de vaines manifestations, j'ai fui en Allemagne. Protester en Russie ne servait plus à rien. La Russie est désormais une dictature. On m'a retiré ma seule citoyenneté pour mon activisme, pour avoir continué à m'exprimer en Europe. Ma famille a été déportée. C'est terrible, mais cela peut devenir bien pire si nous ne faisons rien.

Pour moi, la crise climatique est étroitement liée à la crise des droits humains. Et ces derniers temps, j'ai un sentiment constant de déjà-vu. Je parlais de la guerre que la Russie préparait contre l'Ukraine, et maintenant je parle de la guerre que l'Azerbaïdjan prépare contre l'Arménie et l'Artsakh. L'Europe finance tout cela. Elle finance encore un autre dictateur des combustibles fossiles.

Il est fort probable que vous ne connaissiez rien de l'Arménie ou de l'Azerbaïdjan. S'il vous plaît, éduquez-vous. Nous pouvons encore empêcher la guerre et limiter la crise climatique. Mais il nous reste un énorme travail à accomplir. Nous avons besoin de solidarité. Ne fermez pas les yeux sur ce qui se passe dans d'autres pays. Nous vivons toutes sur la même planète. Et ensemble, nous pouvons faire la différence.

Nous nous sommes réunis aujourd'hui parce que le temps presse. Dans le monde entier et en Suisse également, d'innombrables personnes protestent contre l'inaction de leurs gouvernements, dénoncent les abus ou demandent des explications. Mais l'engagement de la société civile est de plus en plus soumis à des pressions et criminalisé. Les restrictions de la liberté de se réunir menacent l'un de nos droits humains les plus élémentaires. Les gens descendent dans la rue parce que nos autorités doivent agir immédiatement et durablement pour stopper le réchauffement climatique, pour sortir le plus rapidement possible de l'utilisation des énergies fossiles et pour garantir une véritable protection de l'environnement et des droits humains.

La crise climatique compte parmi les plus grandes crises des droits humains du 21^e siècle. Les conséquences de cette crise causées par le Nord global touchent généralement de manière particulièrement dure les personnes qui ont le moins contribué à la crise et qui souffrent déjà d'inégalités. Le droit à la vie, à l'alimentation, à l'accès à l'eau potable, le droit à un environnement propre et beaucoup d'autres droits sont menacés. Comme nous le savons toutes et tous, des personnes meurent chaque jour des conséquences de la crise climatique. Ceux qui s'engagent à lutter contre la crise climatique s'engagent donc pour des vies humaines. C'est pourquoi le principe suivant s'applique : les activistes pour le climat sont des défenseur-euses des droits humains.

Le "droit de protester" est garanti par les droits humains, comme la liberté de se réunir, et la liberté d'expression. Sans la possibilité de s'exprimer librement, les réunions n'ont pas de poids politique. Sans la possibilité de se réunir, les opinions collectives ne peuvent pas être exprimées. Ces droits de l'homme font donc partie des bases les plus importantes d'une société civile vivante.

Face à l'indifférence des autorités et des Etats, il est important que les gens puissent descendre dans la rue pour faire entendre leur voix. Que ce soit contre le racisme et la discrimination, contre les violences sexistes, contre les violences policières, la répression et l'oppression étatiques ou pour attirer l'attention de l'opinion publique sur l'urgence d'agir face à la crise climatique.

C'est pourquoi il est indispensable de protéger le droit de protester.
Soyons la voix du changement et prenons cette journée comme un encouragement à continuer à défendre les droits humains et la justice climatique.

English [first part: original, second part: translated]

I am a climate activist from Russia. I organized the Fridays for future movement in our country. I protested for 110 Fridays.

I've been detained six times. Arrested. Had a lot of threats. I can talk a lot about the pressure from the authorities on me, but I was lucky. Many of my friends were tortured, and many are in prison now.

After the beginning of Russia's criminal war in Ukraine, I spoke out against it. And before that, I was saying that Europe should stop buying fossil fuels from dictators. That Putin couldn't be trusted. Nobody listened.

After a month of futile protests, I fled to Germany. There was no point in protesting in Russia anymore. Russia is now a dictatorship. I was stripped of my only citizenship for my activism, for continuing to speak out in Europe. My family was deported. It's terrible, but it can be much worse if we do nothing.

For me, the climate crisis is very closely linked to the human rights crisis. And lately, I have a constant sense of déjà vu. I used to talk about the war that Russia was preparing against Ukraine, and now I talk about the war that Azerbaijan is preparing against Armenia and Artsakh. Europe is funding all this. Financing yet another fossil fuel dictator.

Most likely you don't know anything about Armenia or Azerbaijan. Please educate yourself. We can still prevent the war, limit the climate crisis. But we have a huge amount of work ahead of us. We need solidarity. Don't turn a blind eye to what is happening in other countries. We all live on the same planet. And together we can make a difference.

We have gathered today because time is running out. All over the world, and in Switzerland too, countless people are protesting against the inaction of their governments, denouncing abuses or demanding answers. However, civil society engagement is increasingly coming under pressure and criminalized. The restrictions on freedom of assembly threaten one of our most basic human rights. People are taking to the streets because our authorities must act immediately and sustainably to stop global warming, to phase out fossil fuels as quickly as possible, and to ensure real protection of the environment and human rights.

The climate crisis is among the greatest human rights crises of the 21st century. The consequences caused by the global North usually impact those people the most who have contributed the least to the crisis and are disadvantaged anyway. The right to life, to food, to clean water, the right to a clean environment and so many more rights are under threat. As we all know, people are dying every day as a result of the climate crisis. Therefore, those

who are committed to fighting the climate crisis are committed to saving human lives. Therefore, climate activists are human rights defenders.

The right to protest is guaranteed by the human rights of freedom of assembly and association, and freedom of expression. Without the possibility of free expression, assemblies lack political weight. Without the ability to assemble, collective opinions cannot be shared. Thus, these human rights are among the most important foundations of a vibrant civil society.

It is important that people can take to the streets to make their voices heard in the face of the indifference of authorities and states. Whether it is against racism and discrimination, to end gender-based violence, against deadly police violence, state repression and oppression, or to make the public aware of the urgent need for action in the face of the climate crisis. That's why it's essential to protect the right to protest. Let's be the voice of change and take today as an incentive to continue standing up for human rights and climate justice.